Zukunftsforderungen der afghanischen Community in Berlin

Präambel

Der vorliegende Forderungskatalog ist das Ergebnis eines intensiven Partizipationsprozesses des Projekts **„Voice Up“** organisiert von der **Deutsch-Afghanische Freundschafts-Gesellschaft Baaham e.V.** Er bündelt die zentralen Anliegen afghanischer Jugendlicher in Berlin in drei Kernbereichen:

1. **Rechtssicherheit & Humanitäre Verantwortung** (z.B. Passbeschaffung, Familiennachzug).
2. **Empowerment & Bildung** (z.B. Zugang zu Regelschulen für alle Altersklassen).
3. **Partizipation** (z.B. strukturelle Einbindung der Diaspora).

Dieses Dokument dient als Arbeitsgrundlage für den Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern auf Landes- und Bundesebene.

I. Rechtssicherheit und Humanitäre Verantwortung

Dieser Abschnitt adressiert die fundamentalen rechtlichen Rahmenbedingungen und den Schutzstatus, der die Basis für ein sicheres Leben in Deutschland bildet.

- **1.1 Sofortige Beendigung jeglicher konsularischen Kooperation mit den Taliban in Deutschland.** Es darf keine Zusammenarbeit mit einem Regime geben, das Menschenrechte missachtet.
- **1.2 Einrichtung sicherer staatlicher Alternativen zur Pass- und Dokumentenerneuerung.** Für afghanische Geflüchtete müssen Lösungen geschaffen werden (z. B. Identitätsklärungsstellen, Ersatzpapiere, Notpassverfahren), die sie nicht zwingen, Kontakt zu den Taliban aufzunehmen.
- **1.3 Dauerhafter Abschiebestopp.** Beibehaltung des generellen Abschiebestopps nach Afghanistan, solange die Taliban-Herrschaft und die humanitäre Notlage anhalten.
- **1.4 Beschleunigter Familiennachzug.** Sofortige Entbürokratisierung des Verfahrens für alle, inklusive subsidiär Schutzberechtigte. Massive Erhöhung der Kapazitäten bei Botschaften und Bearbeitungsstellen für Visa- und Aufnahmeverfahren.
- **1.5 Weg zur Niederlassung.** Vereinfachter und beschleunigter Erwerb der Niederlassungserlaubnis für gut integrierte Afghan:innen, um langfristige Sicherheit zu schaffen.
- **1.6 Anerkennung der Ortskräfte.** Zügige und unbürokratische Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms, inklusive der Berücksichtigung erweiterter Familienmitglieder.
- **1.7 Beschleunigte Verfahren für Minderjährige.** Vorrangige Bearbeitung für unbegleitete Kinder und Jugendliche – im vollen Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention.
- **1.8 Einführung digitaler Vorprüfungen.** Implementierung digitaler Prozesse zur Verfahrensbeschleunigung und zur Entlastung der Botschaften.

II. Empowerment und Bildung der Jungen Generation

Bildung und psychische Gesundheit sind der Schlüssel für die Zukunft der jungen afghanischen Diaspora in Deutschland.

- **2.1 Anerkennung von Qualifikationen.** Vereinfachte Anerkennung von Hochschul- und Berufsabschlüssen, beispielsweise durch kompensatorische Prüfungen oder Eignungstests, um das Potenzial der Fachkräfte zu nutzen.
- **2.2 Traumasensible Jugendhilfe.** Flächendeckender Ausbau von Peer-to-Peer-Mentoring-Programmen durch junge Afghan:innen. Diese sollen psychologisch begleitet werden, um bei Identitätsfragen, intergenerationalen Konflikten und der Aufarbeitung von Fluchttraumata zu unterstützen.
- **2.3 Multilinguale Kompetenz.** Etablierung von **Dari und Paschto als offizielle Wahlfächer** an Schulen und Hochschulen. Dies dient der Anerkennung der Muttersprache als Bildungsressource und stärkt die Kompetenzen junger Afghan:innen.
- **2.4 Kritische Bildungsarbeit.** Förderung von Bildungsprojekten, die junge Afghan:innen dazu befähigen, sich kritisch mit der Migrationsgeschichte Afghanistans, postkolonialen Narrativen und den Ursachen ihrer Flucht auseinanderzusetzen.

III. Partizipation und Zivilgesellschaftliche Rolle

Die afghanische Community ist ein aktiver Teil der Berliner Stadtgesellschaft und fordert strukturelle Einbindung.

- **3.1 Leadership-Strukturen.** Aufbau eines speziellen Leadership- und Förderprogramms für junge Afghan:innen, um sie gezielt in politische und wirtschaftliche Führungspositionen zu bringen und ihre Beteiligung in Verwaltung und Politik zu erhöhen.
- **3.2 Anti-Diskriminierung.** Gezielte Maßnahmen gegen institutionelle Diskriminierung im Bildungs- und Arbeitsbereich sowie Sensibilisierungskampagnen gegen rassistische Stereotype in Medien und Öffentlichkeit.
- **3.3 Transnationale Konsultation.** Einrichtung eines offiziellen Konsultationsformats zwischen der Bundesregierung (Auswärtiges Amt) und afghanischen Jugend- und Diaspora-Organisationen, um deren Expertise in die Gestaltung der Deutschland-Afghanistan-Politik einzubeziehen.
- **3.4 Förderung von Migrantischen Selbstorganisationen (MSO).** Stärkung der finanziellen und strukturellen Förderung afghanischer MSO, damit diese ihre zentrale Brückenfunktion in der Integrations- und Sozialarbeit erfüllen können.
- **3.5 Einbindung in Entscheidungsprozesse.** Verbindliche Einbindung der afghanischen Organisationen in politische Entscheidungsprozesse auf Landes- und Bundesebene, die ihre Community betreffen.
- **3.6 Antirassistische Sensibilisierung.** Verbindliche und regelmäßige Schulungen zur antirassistischen Sensibilisierung in Behörden, Jobcentern, Wohnungsämtern und Schulen.